

Protokoll
**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Finanz-, Personal-,
Rechnungsprüfungs-, Feuerwehr- und Beteiligungsausschusses**

Sitzungstermin: Dienstag, den 15.11.2022

Sitzungsbeginn: 17:01 Uhr

Sitzungsende: 19:33 Uhr

Ort: Ratssaal des Rathauses

Anwesend sind:

Vorsitzender

Herr Bodo Bargmann

stv. Vorsitzender

Herr Bastian Wehmeyer

Ordentliche Mitglieder

Frau Gila Altmann

Herr Menko Bakker

Frau Erika Biermann

Herr Arnold Gossel

Frau Antje Harms

Frau Ingeborg Hartmann-Seibt

Vertretung für Herrn Harald Bathmann

Frau Dore Löschen

Herr Gunnar Ott

Vertretung für Herrn Hermann Ihnen

Herr Richard Rokicki

Herr Volker Rudolph

Herr Georg Saathoff

Vertretung für Frau Almut Kahmann

Beratende Mitglieder

Herr Gerhard Wulff

von der Verwaltung

Frau Birgit Ehring-Timm

Herr Horst Feddermann

Herr Uwe Goemann

Frau Manuela Ideus

Protokollführung

Frau Laura Rothe

Entschuldigt fehlen:

Ordentliche Mitglieder

Herr Harald Bathmann
Herr Hermann Ihnen
Frau Almut Kahmann

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Bargmann eröffnet die Sitzung um 17.01 Uhr.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen geäußert.

TOP 5 Kenntnisgaben der Verwaltung

Es liegen keine Kenntnisgaben vor.

**TOP 6 Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 - Einbringung des Verwaltungsentwurfes
Vorlage: 22/204**

Herr Feddermann stellt den Tagesordnungspunkt anhand einer Präsentation vor. Diese wird im Nachgang zur Sitzung per Email verschickt.

Einleitend erwähnt Herr Feddermann, dass einige Unterlagen (wie z. B. der Stellenplan oder der Vorbericht) noch nicht fertiggestellt seien und nachgereicht werden.

Die Struktur des Haushaltes 2023 habe sich dahingehend verändert, dass es statt den bisherigen 4 Einzel-Haushalten (Kernverwaltung, NRB'e Betriebshof, LGM und STAE) nur noch einen Gesamt-Haushaltsplan gebe. Weiterhin werde der Haushalt nicht mehr nach Fachbereichen dargestellt, sondern produktorientiert. Dies verschaffe eine bessere Übersicht und Transparenz.

Im Zuge der Erläuterungen erfragt Frau Altmann, ob es derzeit eine Vergleichsrechnung zur Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes gäbe, z. B. von 395 % auf 400 %. Sie erinnert, dass der Hebesatz der Kreisfreien Stadt Emden bei 460 % liegen würde. Sie bittet die Verwaltung, eine Vergleichsrechnung aufzustellen, in der sich der Hebesatz sukzessive erhöhe.

Herr Bargmann hält den Vorschlag für eine gute Anregung und bittet die Verwaltung um Ausarbeitung einer entsprechenden Aufstellung.

Frau Biermann erfragt, ob der Haushaltsplan 2023 auf Wunsch in Papierform zu erhalten sei. Herr Feddermann sichert dies zu.

TOP 7 Kindertagesstätten Stadt Aurich

Herr Feddermann stellt einleitend fest, dass die Qualität der insgesamt rund 30 Kindertagesstätten (davon 15 fremde) in Aurich sehr gut sei. Zum Wohl der Kinder und Eltern wurde seitens der Stadt Aurich viel investiert. Der Pinguin-Kindergarten wurde 2020 als beste Kindertagesstätte Deutschlands ausgezeichnet. Das Gute-KiTa-Gesetz sorgt dafür, dass hohe Standards in den Kindertagesstätten eingehalten werden.

Das nun über die Kindertagesstätten diskutiert würde, läge an der Haltung des Landkreises Aurich. Dieser habe Anfang des Jahres verlauten lassen, die Kindertagesstätten in eigener Trägerschaft übernehmen zu wollen. Eine Veränderung der Trägerschaft würde an den zuvor beschriebenen Standards nichts verändern. Letztendlich ginge es um die Finanzierbarkeit der Kindertagesstätten. Der Landkreis Aurich mache in der Haushaltsverfügung seit Jahren deutlich, dass die Stadt Aurich über ihre Verhältnisse lebe. Herr Feddermann erwarte seitens der Politik eine Antwort, wie der weitere Verfahrensweg aussehen solle. Es könnten Steuern erhöht oder freiwillige Leistungen gestrichen werden. Für ihn stehe fest, dass eine Lösung gefunden werden müsse, die sich finanziell rentiert. Die Übergabe der Kindertagesstätten an den Landkreis Aurich sei bisher eine rein hypothetische Überlegung. Bisher sei die Zuständigkeit für die Versorgung mit Kita-Plätzen und die Förderung der Einrichtungen nur in Leer an den Landkreis zurückgegeben worden. Daraufhin wurde die Kreisumlage erhöht. Herr Feddermann stellt die finanziellen Auswirkungen einer möglichen Abgabe der Kitas dar, auch bei einer möglichen Erhöhung der Kreisumlage.

Herr Bargmann bittet Frau Rothe um eine rechtliche Einschätzung, wenn der Landkreis Aurich die Kreisumlage nach der Übernahme der Kindertagesstätten derart erhöhen würden.

Frau Rothe erwidert, dass die Kreisumlage nach den rechtlichen Grundlagen verhältnismäßig sein muss. Es gäbe aber keine konkrete rechtliche Einordnung, wie diese Verhältnismäßigkeit aussehe. Würde der Landkreis Aurich die Kreisumlage erhöhen, werde die Stadt Aurich sich eine gerichtliche Überprüfung vorbehalten.

Frau Hartmann-Seibt macht darauf aufmerksam, dass nur in Leer die Kindertagesstätten an den Kreis abgegeben wurden. In ganz Niedersachsen gebe es keinen anderen Fall. Sie befürchte, dass sich die Stadt auf Kreisebene isoliere und mit dem Landkreis einen Rechtsstreit eingeleite. Zudem sei sie erbost, dass dieses Thema nicht vorab mit den Fraktionen besprochen worden sei. Sie habe es aus der Zeitung erfahren müssen, dass wegen ca. 4 Mio. Euro die Kindertagesstätten abgegeben werden sollen. Außerdem sei bei diesem wichtigen Thema der Fachausschuss (Sozialausschuss) immer dem Finanzausschuss vorzuziehen. Ihre Fraktion SPD und GAP werden der Abgabe der Kitas nicht zustimmen.

Herr Feddermann erwidert, dass es nicht beabsichtigt sei, den Kreis zu verklagen. Er betont, dass es zwischen dem Landkreis und der Stadt ein gutes Verhältnis gäbe. Er habe auch mit allen anderen Hauptverwaltungsbeamten der benachbarten Kommunen nach wie vor ein sehr gutes Verhältnis und teile nicht die Befürchtung, dass sich die Stadt isoliere. Die Übergabe der Kindertagesstätten habe rein monetäre Gründe. Es müssten Lösungen gefunden werden, wie der Haushalt der Stadt Aurich finanziert werden könne. Dafür brauche er das Votum des Rates. Er sei sich bewusst, dass dieses ein sehr emotionales Thema sei und zeige sich offen für jegliche andere Lösung, die gefunden werden könne.

Herr Bargmann stellt klar, dass die Ergebnisse der Haushaltskonsolidierungsgruppe im Finanzausschuss öffentlich bekannt gegeben wurden und somit sei transparent gehandelt worden. Zudem erklärt er, dass man keinen Rechtsstreit gegen den Landkreis ankündige, sondern die Rechtmäßigkeit einer unverhältnismäßig hohen differenzierten Kreisumlage überprüfen lassen werde.

Protokoll über die Sitzung des Finanz-, Personal-, Rechnungsprüfungs-, Feuerwehr- und Beteiligungsausschusses vom 15.11.2022

Herr Wulff moniert, in dieser Thematik seien ihm zu viele Fragezeichen und „Wenn's“. Er hätte sich mehr Fakten und ein gemeinsames Handeln aller Gemeinden gewünscht.

Herr Feddermann führt aus, dass das Thema Kitas bereits in der Arbeitsgruppe zur Haushaltskonsolidierung besprochen wurde und der Antrag der AWG zum Anlass genommen wurde, eine Beschlussvorlage zu erstellen. Zudem führt der Bürgermeister weiter aus, dass sich die Konjunktive nur auf die finanziellen Auswirkungen beziehen. Derzeit sei es nicht möglich, konkrete und verlässliche Zahlen darzustellen, weil man eine mögliche Entscheidung des Landkreises Aurich nicht kenne.

Frau Altmann kritisiert, die Verfahrensweise, wie derzeit über das Thema gesprochen werde. Man sei sich fast ein Jahr einig gewesen, die Kindertagesstätten nicht an den Landkreis Aurich zu übergeben. Nach ihrer Ansicht käme der jetzige Kurswechsel zu plötzlich. Man müsse zudem bedenken, würden die Kindertagesstätten abgegeben, wäre keine Einflussmöglichkeit mehr gegeben. Ein solcher Kurswechsel gehe zu Lasten des Personals, der Eltern und der Kinder.

Herr Rudolph kann den Ausführungen von Frau Altmann nur zustimmen und moniert ebenfalls, die zu vielen Konjunktive bzw. Unklarheiten.

Herr Feddermann erwidert, diese Form der Darstellung müsse erlaubt sein und es gäbe auch derzeit keine andere Möglichkeit.

Herr Gossel erklärt, man könne parteiübergreifend festhalten, dass die bisherige Diskussion über die Kindertagesstätten von Anfang an unglücklich verlaufen sei. Begonnen habe dies mit der Aussage des Landkreises, die Kindertagesstätten übernehmen zu wollen. Trotzdem beharrt er darauf, dass es bei der derzeitigen Haushaltslage keinerlei Denkverbote geben dürfe. Er appelliere an alle, sich der prekären Haushaltslage bewusst zu sein und Einsparmöglichkeiten vorzuschlagen.

Herr Rokicki verweist ebenfalls darauf, dass es keine Tabu's geben dürfe und jede Möglichkeit diskutiert werden solle. Die Kindertagesstätten seien auch der AWG sehr wichtig. Er könne aber keine Nachteile feststellen, wenn diese an den Landkreis abgetreten würden. Es sei die Aufgabe des Landkreises und man habe sich eine bessere finanzielle Beteiligung durch eben diesen erhofft. Die Diskussionen müssten jetzt geführt werden, bevor die Vereinbarung unterschrieben ist.

Aus Sicht von Herrn Bakker dürften sich die Standards nicht verschlechtern. Er hält es für wichtig, diese Vorlage so schnell wie möglich erhalten zu haben. Besser wäre gewesen, die Politik hätte diese Vorlage Mitte des Jahres bekommen, nicht so kurz vor Toresschluss. Er teile nicht die Angst vor leerstehenden Kita-Gebäuden, schließlich braucht auch der Landkreis diese Räumlichkeiten. Bei einem Defizit in Höhe von rund 11 Mio. Euro sei es wichtig, dass Stadtrat einen Beschluss fasst. Letztlich ginge es um die Frage, was der Politik die Gestaltungsmöglichkeit wert sei, auch im Hinblick auf eine drohende Handlungsunfähigkeit. Die FPD könne daher dem Antrag zustimmen.

Frau Hartmann-Seibt stellt fest, die Diskussion hätte zuerst im Sozialausschuss stattfinden müssen. Es werde oft von der Wertschätzung für das städtische Personal gesprochen. Das Personal habe von dem Vorschlag über die Abgabe der Kitas aus der Zeitung erfahren. Es gäbe viele Überschneidungen mit den Grundschulen (gemeinsame Horte und Mensen). Es würden nicht nur die Kita-Kräfte wegfallen, sondern auch viele Mitarbeiter in den Fachdiensten und die zweite Freistellung des Personalrates.

Protokoll über die Sitzung des Finanz-, Personal-, Rechnungsprüfungs-, Feuerwehr- und
Beteiligungsausschusses vom 15.11.2022

Herr Feddermann stellt klar, dass Thema Wertschätzung sei ihm sehr wichtig. Jeder einzelne Mitarbeiter werde wertgeschätzt. Zur Realität gehöre aber auch, dass vorab nicht jeder einzelne eingebunden werden könne.

Die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Ehring-Timm, gibt bekannt, dass dieses Thema bei Eltern und KiTa-Personal zu viel Verunsicherung und Unverständnis geführt habe.

Herr Feddermann erwidert, dass niemand Angst um seinen Arbeitsplatz haben müsse. Jeder einzelne Arbeitsplatz sei zu 100% sicher. Es sei nicht angebracht, in dieser Situation Ängste zu schüren. Er stehe jederzeit für Gespräche bereit.

Frau Biermann wirft die Frage auf, wie die Stadt Aurich, die als familiengerechte Kommune mit dem Bildungsangebot der Kita-Plätze werbe, zukünftig damit umgehen solle.

Frau Altmann stellt sich die Frage, warum die anderen Hauptverwaltungsbeamte nicht die Möglichkeit sehen, ihre Kindergartenplätze an den Landkreis abzugeben. Zudem solle in Krisenzeiten nicht zusätzliche Unsicherheiten geschürt werden.

Herr Rudolph stellt nach 60-minütiger Diskussion einen Antrag auf Ende der Diskussion sowie den Antrag, dass in der heutigen Sitzung über die Vorlage abgestimmt werden solle.

Frau Löschen stellt klar, sie sei auch nicht dafür, dass die Zuständigkeit der Kindertagesstätten abzugeben. Aber dann müsste als Konsequenz bei den freiwilligen Leistungen gestrichen werden.

Herr Wehmeyer ist gegen eine heutige Abstimmung. Es würden noch Fakten fehlen und es sei eine der größten und wichtigsten Entscheidungen der Stadt Aurich. Er schlägt daher vor, diese Entscheidung zu vertagen.

Herr Bargmann erläutert, dass aufgrund der weiteren Sitzungstermine für heute eigentlich keine Abstimmung vorgesehen war. Da aber der entsprechende Antrag gestellt worden sei, bitte er um Abstimmung.

Der Antrag, dass in der heutigen Sitzung darüber abgestimmt werden solle, wird mit 7 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen angenommen.

TOP 7.1 Antrag der AWG-Fraktion, hier: Informationsvorlage zu den Auswirkungen einer Übergabe der Kindertagesstätten an den Landkreis Aurich
Vorlage: ANTRAG 22/060

Herr Rokicki bedankt sich bei der Verwaltung, dass die Anfrage seiner Partei so zeitnah umgesetzt wurde. Eine Aussprache sei daher nicht mehr notwendig.

TOP 7.2 Kündigung der Kita-Vereinbarung mit dem Landkreis Aurich
Vorlage: 22/216

Beschlussvorschlag:

Die vom Landkreis Aurich im Rahmen der bisherigen Verhandlungen vorgeschlagene und im Sachverhalt erläuterte zukünftige Kostenbeteiligung zur Wahrnehmung der Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe im Kita-Bereich wird als unzureichend betrachtet. Aus diesem Grund sollen die weiteren Verhandlungen zwischen der Stadt Aurich und dem Landkreis Aurich hinsichtlich einer neuen Vereinbarung über die Aufgabenwahrnehmung zur Förderung von

Kindern in Kindertagesstätten und der Kindertagespflege nicht fortgeführt werden. Die Trägerschaft der städtischen Kitas soll an den Landkreis Aurich übergehen.

Abstimmungsergebnis:

Mit 2 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

TOP 8 **Beratung und Beschlussfassung über die Einführung einer Zinssteuerung mittels Zinssicherungsinstrumenten**
Vorlage: 22/186

Herr Bargmann stellt fest, dass der Vortrag der Fa. Margral in der letzten Sitzung sehr verständlich gewesen sei. Einführend fasst Herr Feddermann noch einmal die wesentlichen Punkte zusammen.

Frau Biermann kritisiert, dass in der Beschlussvorlage keine finanziellen Auswirkungen aufgeführt sind. Zudem solle der Vertrag mit der Firma vorgelegt werden.

Herr Feddermann entgegnet, dass sich die finanziellen Auswirkungen derzeit noch nicht beziffern ließen.

Zudem wundere sich Frau Biermann, warum die Zinssteuerung nicht durch die Verwaltung selbst in Zusammenarbeit mit den Hausbanken erfolgen könne, so wurde es bislang immer gemacht in den vergangenen Jahren.

Herr Feddermann führt aus, dass der jetzige Zinsanstieg bei der Kassenlage nicht vergleichbar sei.

Herr Wehmeyer erklärt, dass derzeit die Zinsen massiv steigen. Er erläutert noch einmal das Zinssicherungskonzept. Die Firma Magral habe eine sehr gute Reputation. Es werde kein wirtschaftlicher Nachteil entstehen und daher bittet Herr Wehmeyer, die Diskussion einzustellen.

Herr Bakker erfragt, ob der Beratungsvertrag vergaberechtlich geprüft worden sei. Er sei etwas beunruhigt, dass es so wenige Anbieter gäbe.

Herr Goemann erklärt, dies sei zusammen mit der Vergabestelle geprüft worden. Der Abschluss eines Beratungsvertrages mit der Magral AG sei nicht zu beanstanden.

Auf Nachfrage von Frau Hartmann-Seibt erklärt Herr Feddermann, dass es sich bei den Zinssicherungsverträgen nicht um Spekulationsgeschäfte handele.

Herr Ott zeigt sich von dieser Methode nicht überzeugt.

Herr Rudolph erklärt, innerhalb der SPD/GAP-Fraktion war besprochen worden, die Vorlage abzulehnen. Aufgrund der Ausführungen von Herrn Wehmeyer wolle man sich nun enthalten.

Empfehlungsbeschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, zur Optimierung der Zinslast sowie zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken der bestehenden Darlehen Zinssicherungsverträge abzuschließen. Die eingesetzten Finanzinstrumente müssen dabei stets im Zusammenhang mit den Grundgeschäften/Kreditgeschäften (Konnexität) stehen. Ein eventuell genehmigter Kassenkreditrahmen soll dabei in der Absicherung mit einbezogen werden.

Mit der MAGRAL AG wird ein entsprechender Beratungsvertrag für eine maßgeschneiderte Zinssteuerung vereinbart.

Über die Entwicklung der Zinssteuerung und die finanziellen Auswirkungen wird halbjährlich in einer Sitzung des Finanz-, Personal-, Rechnungsprüfungs-, Feuerwehr- und Beteiligungsausschusses berichtet.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen

TOP 9 **Änderung der Kreditrichtlinie der Stadt Aurich**
Vorlage: 22/185/1

Herr Ott lehnt den Einsatz von Derivaten grundsätzlich ab, weil sie zu risikoreich seien. Herr Feddermann führt aus, dass eine Zinssteuerung nicht ohne Derivate möglich sei.

Empfehlungsbeschluss:

Die Richtlinie der Stadt Aurich für die Aufnahme von Krediten und zur Umschuldung von Krediten wird in der vorgelegten Fassung (Anlage 1) beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen

TOP 10 **Anfragen an die Verwaltung**

Es werden keine Anfragen gestellt.

TOP 11 **Einwohnerfragestunde**

Ein Anwohner wundert sich, dass aufgrund der kontroversen Debatten zur möglichen Abgabe der KITAS so wenig Fragen von den Zuschauern gestellt worden seien. Konkret möchte er die Frage stellen, wie die Politik die Einsparung bei einer Abgabe finanziell kompensieren möchte.

Herr Bargmann stellt klar, dass die Frage nur an die Verwaltung gestellt werden dürfe. Da diese nicht abgestimmt habe, könne die Frage an dieser Stelle nicht beantwortet werden.

Weiterhin kritisiert der Anwohner den Einsatz der Zinsderivate. Aufgrund der Kontrahenten-Risikos könne es zu einer Finanzkrise kommen und er fragt, wie die Verwaltung dies beurteile.

Protokoll über die Sitzung des Finanz-, Personal-, Rechnungsprüfungs-, Feuerwehr- und Beteiligungsausschusses vom 15.11.2022

Herr Goemann von der Verwaltung erwidert, dass der Einsatz von Zinssicherungsverträgen in Krediterlass des Landes Niedersachsen sowie in den Musterkreditrichtlinien vorgesehen sei. Über die Ergebnisse der Zinssicherungsverträge werde halbjährlich berichtet. Aufgrund des Gebotes zur sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung sei eine Zinssicherung geboten. Zudem sei die Magral AG ein bankenunabhängiger Berater.

TOP 12 Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Herr Bargmann schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.31 Uhr.